

Saale-Zeitung.

Dreimonatsblätter Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzahl oder dem Raum mit 20 W., jede aus 60 W. 15 P. berechnet und in der Expedition, von welchen Anzeigenblättern und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Bezugspreis: Hr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., pro monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts Briefporto beizufügen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Nr. 600.

Halle a. d. Saale, Freitag den 22. Dezember

1899.

An unsere Leser!

Das letzte Quartal des Jahres 1899 neigt sich seinem Ende zu. Da richten wir denn an unsere Leser und Freunde die dringende Bitte, das Abonnement für das nächste Quartal auf der Post baldmöglichst zu erneuern, um die Befreiung des Blattes keine unangenehme Unterbrechung erleide.

Mit dem Beginn des neuen Jahres tritt die „Saale-Zeitung“ in ihren dreimonatlichen Jahrgang ein. Von Freund und Feind ist es anerkannt, daß die „Saale-Zeitung“ die liberalen Interessen stets mit ebensolcher Energie als Erfolg vertreten hat. Da darf es denn auch als eine Ehrenpflicht der gesamten Liberalen in Stadt und Land der Provinz Sachsen, des Herzogthums Anhalt, der sächsischen Staaten, sowie der angrenzenden Districte bezeichnet werden.

Das Hauptorgan der liberalen Partei der Provinz Sachsen

Mit allen Kräften durch Mitarbeit, Abonnement, Inserate und Unterstützung in bescheidenen Kreisen zu unterstützen. Wir richten daher im Interesse einer geordneten Fortentwicklung und sichern Vervollständigung der „Saale-Zeitung“, welcher die unangenehme Arbeit der Redaktion und des Verlags gilt, und die sich eben jetzt wieder in augenfälliger Weise durch die Schaffung eines mit den vollkommensten Einrichtungen der Zeit ausgestatteten fasslichen Redaktions- und Druckereibetriebes in Stadt und Land die angestrebte Aufgabe, der „Saale-Zeitung“ auch in Zukunft selbst thun zu bleiben und dieselbe in den Bekanntheit und Brauchbarkeit nachdrücklich zu empfehlen.

Von anderer Seite, namentlich von der konservativ-agrarischen „Halle'schen Zeitung“, wird allerdings auch jetzt wieder an unsere Leser herangetreten werden, um sie für die „Saale-Zeitung“ und dem Liberalismus abspenstig zu machen, der „Halle'schen Zeitung“ zu gewinnen und unter das Joch des agrarischen Interesses zurückzuführen. Die genannte Zeitung scheint bei der Verfolgung dieses Zweckes kein Mittel. Im September vorigen Jahres verkaufte sie Flugblätter, auf denen sie sich als „rechtsliberale“ Zeitung ausweist, und dieses Mal läßt sie im Anhaltblatt der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, das den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Vereine der Provinz meistentheils in Haus geschickt wird, unter dem 16. Dezember d. J. einen Artikel „Von Zusammenfluß gegen feindselige Zeitungseinflüsse“ veröffentlichen. Darin wird gegen die freisinnige und parteilose Presse in folgender Weise geredet:

„Daß eine solche Presse dem Wohlsein unserer deutschen Mitbürger in höchsten Grade gefährlich und hinderlich ist, liegt auf der Hand. Was für die Familie sind die Mütter, die in allen ihren Rubriken, zumal im unterhaltenen Theile, die Unwissenheit und Unkenntnis der modernen deutschen Literatur bezuziehen, unabweislich unpassend, sie untergeben denjenigen fittlichen Grundsätzen, welche das deutsche Familienleben höher in so hohen Maße auszeichnen. So sind die freisinnigen wie die parteilosen Zeitungen eine große Gefahr, um so größer, weil die Gewohnheit sorglos macht und das Volk, das jene Mütter enthalten, allmählig mehr oder minder eingang in das Netz jedes Gewohnheitsnetzes findet. Darum ist es die heilige Pflicht jedes Mannes, dem das Wohl des Vaterlandes und der nationalen Arbeit, das Wohlsein des Mittelstandes, die Erhaltung der fittlichen Grundsätze unseres Familienlebens, die Wahrung unserer Ehre und Ehre vor unschuldigen und entsetzlichen Einflüssen ernsthaft am Herzen liegt, eine solche Presse, wie wir sie oben geschildert haben, nicht zu unterstützen. Wer sorglos in dieser Beziehung ist, der laßt eine unangelegene Verantwortung auf sich. Dagegen werden man sich einer Presse zu, die mit Gott für Recht und Vaterland allezeit eintritt, die Interessen unserer Heimath und unserer produktiven Stände nützlich und consequent unterstützt, zur Unterhaltung für die Familie einen anspruchsvollen, fittlich fördernden Beistand für notwendig erachtet und fern von jeder unwürdigen Sentimentalität, hohe Ideen und hohen Ziele in erster Arbeit zu erreichen strebt. Der Verdachtungsbaum und der Unwahrheitsgeist der freisinnigen, parteilosen und sonstigen mit dem Liberalen in dem haupt sächsischen Blätter, vor allen Dingen aber auch der „Halle'schen Zeitung“, in der Provinz Sachsen mit ein Ziel erreicht werden. Von dem größten politischen Blättern in der Provinz Sachsen, wie überhaupt ganz Mitteldeutschland, vertritt einzig und allein die in Halle a. S. erscheinende . . . die Interessen der Landwirtschaft.“

Wir wollen uns jedes kritischen Wortes über dieses Resolutionsentwurf enthalten und hier nur wiedergeben, was die in Berlin erscheinende „Post“, also kein sogenanntes Kontraventionsblatt, darüber sagt. Die „Post“ schreibt: Es braucht nicht hingezogen zu werden, daß diese düstere Resonanz von dem Verlage der konservativ-agrarischen Halle'schen Blattes herrührt, dem das Anhaltblatt der Landwirtschaftskammer seine Spalten geöffnet hat.

Aber auch noch in anderer Weise versteht es die „Halle'sche Zeitung“, die Webetrommel für sich zu führen. Das Land wird jetzt förmlich mit ihren Abonnement-Einladungen und sonstigen Propaganda-Wahngelächern überhäuft. Wo man geht und tritt, da bahnt man Agitationsblätter der „Halle'schen Zeitung“ finden. Sieh als rechtsliberale Zeitung

zu empfehlen, wie im September 1898, hat sie jetzt wieder angefangen. Für diesen Quartalswechsel ist sie streng konservativ-agrarisch, um so eben zum Quartalswechsel wieder „rechtsliberal“ zu scheitern. Je nach der Konjunktur wird eben die Farbe gewechselt; wascheit ist also überhaupt keine.

Jetzt gebührt sie die hat, wie schon gesagt, streng konservativ-agrarisch, und da hat sie als Zugpferd unter den einen ihrer großartigen Agitationsorgane eine ganze Anzahl Namen hochgebildeter Herren gesetzt und glaubt damit natürlich, den richtigen Köder für den Abonnementfang gefunden zu haben. Weit gefehlt, „Halle'sche Zeitung!“ Die Namen der Mitunterstützer, der pensionirten oder zur Disposition gestellten Offiziere, der Beamten und Amtsvorsteher — andere Namen sind unter den Agitationsblättern nur recht wenige zu entdecken — sind wohl von Wirkung und Einfluß bei den wenigen Leuten ihres Standes, die noch nicht unter dem Abonnementantrieb stehen, haben aber auf das Volk selbst keine Einwirkung. Die Zeit war einmal, ist aber jetzt glücklicherweise vorbei. Das Volk läßt sich nicht mehr an den Gängelbänder der sogenannten „Leuten“, es kann selbst gehen, und vor allen Dingen — es denkt. — Da heißt es also — stärker behaupten!

„O, auch das kam die „Halle'sche Zeitung“. Vor uns liegt ein anderer Agitationsausdruck des Halle'schen konservativen Blattes; er ist unterzeichnet von dem Vorstande des Preussischen Beamtenvereins in Halle a. S. In diesem Agitationsblatte wird gesagt, den Verlage der „Halle'schen Zeitung“ sei es durch die Stiftung eines Fremden des Blattes (unter dieser Behauptung erlauben wir uns ein drittes Fragezeichen zu machen. Redaction der „Saale-Z.“) ermöglicht worden, den Mitgliedern des Preussischen Beamtenvereins in „Halle'sche Ztg.“ mit 20 Prozent Ermäßigung abzugeben. Ganz abgesehen davon, daß der theils und journalistische Werth der „Halle'schen Zeitung“ noch weit, sehr weit unter dem um 20 Prozent ermäßigten Abonnementpreis steht, daß die ganze „Halle'sche Zeitung“ eigentlich ganz genommen, nur Materialwerth hat, so enthält doch dieser Verzugpreis für die Mitglieder des Preussischen Beamtenvereins zu Halle a. S., Giebichenstein, Cöthlen und Trotha eine ganz wesentliche Beihilfe aller anderen Abnommenten. Viele sind es ja nicht, und das ist wirklich noch ein Trost, denn sonst würde dieses wenig lautere Vorgehen der „Halle'schen Zeitung“ zu einem noch verdammtlicheren werden. Immerhin ist es recht belehrend für alle Zeitungleser, wenn einmal deutlich und öffentlich gezeigt wird, mit welchen „feinen“ Agitationsmitteln die „edle und vornehme Halle'sche Zeitung“ arbeitet, um sich für, wenn sie Glück hat, einige Dutzend neuer Abnommenten einzufangen. — Auf wie lange? — Das ist allerdings eine ganz andere Frage.

Angenehm der schon angeführten Thatfachen warren wir nunmehr unsere Leser und Freunde, sowie sämtliche liberal und anfänglich denkenden Männer und Frauen in Stadt und Land dringend davor, auf diese aufdringlichen Resonanzen eines angelegenen Unterblattes heranzugehen. Wer unsere „Saale-Zeitung“ noch nicht kennt, der lasse sich Problemernern, die nur ganz gratis zuzubeden, kommen, und er wird sehen, daß wir ihm eine in jeder Hinsicht gute, anständige und wohlunterrichtete Zeitung bieten.

Unsere Abnommenten bitten wir aber, um die Briefen von Freunden und Bekannten zugehen zu lassen, damit wir ihnen Problemernern und Einladungen zum Abnomment der „Saale-Zeitung“ zuzubeden können.

Redaction und Verlag der „Saale-Zeitung.“

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Wie in dieser Marinekreise bekannt, geht der Kaiser, Witte März in Wilhelmshaven ein, einsteigen, um der Verbindung der im nächsten Monat bei der Marine zur Einstellung gelangenden Rekruten beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit wird der Kaiser auch das neue Linienkrieger-Kaiser Wilhelm II. eingehend besichtigen.

Im Stille des in den nächsten verlebten Präsidenten v. Goltdorf, wie die „Kreuzzeitung“ erzählt, Oberbürgermeister von Stäcker zum Präsidenten der Königl. Hofkammer der Königl. Familien-Güter ernannt worden.

Zum Ansehen an die Gemahlin des Reichsfürstentums, Fürstin Hohenlohe, deren Sterbetag gestern begraben wurde, fand in Schillingen ein feierlicher Trauer-gottesdienst statt.

Die Diskont-Erhöhung.

Die Reichsbank hat bekräftigt den Diskont auf 7 Prozent erhöht. Diese für die wirtschaftliche und politische Lage höchstbedeutende Maßnahme verdient volle Beachtung in den weitesten Kreisen. Der Diskont ist damit auf einen Stand gekommen, wie er seit dem Kriege mit Frankreich noch nicht dagewesen ist.

Die erneute Erhöhung des Diskonts ist gewiß keine wirtschaftlich angenehme Maßregel, aber der thatsächlichen Entwicklung der Dinge ist Rechnung getragen worden. Die Schwierigkeit der Lage ist hervorgerufen vor allem durch die außerordentliche Steigerung des inländischen Geld- und Kredit-

begehrt. Industrie, Werke und Landwirtschaft haben derartige Anträge an die Reichsbank gestellt, daß die vorhandenen Mittel nicht mehr in richtigen Verhältnis zu dem Geld- und Kreditverkehr stehen. Die Reichsbank hat als Hüterin der deutschen Währung und des deutschen Kreditwesens eine erste Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Vermehrung des Geldes innerhalb derjenigen Grenzen bleibe, welche eine Gefahr für die Volkswirtschaft ausmache. Das einzige Mittel, welches der Reichsbank zur Einschränkung der Kreditvermehrung zur Verfügung steht, ist die Erhöhung des Diskonts. Eine solche Maßnahme aber auch die Schwierigkeiten, die der internationalen Krieg an dem englischen Geldmarkt verursacht hat. In einer Zeit, in der die Bank von England einen offiziellen Diskont von 6 Prozent hat, thatsächlich aber nur noch über diesen Satz diskontirt, zur Abhilfe ihrer Geld- und Goldnot selbst zu den bescheidenen Mitteln der Oesterreich-Ungarischen Bank ihre Zuzufucht nehmen wollte, kann es nicht Wunder nehmen, die Deutsche Reichsbank zum Schritte ihres Geldbestandes einen Diskont normiren zu sehen, wie er bisher in der Geschichte der Bank nicht zu verzeichnen war.

Dem Beispiel der Reichsbank folgen wohl aber nicht auch die deutschen Notenbanken folgen müssen. Während in der Sitzung des Centralbankausschusses der Reichsbank der Präsident Dr. Koch darauf hinwies, daß die höchste Bank bereits bei einem Diskont von 6 1/2 Prozent ausreicht sei, hat sich auch einer am Nachmittag eingegangenen Meldung die Bank nicht beigefügt, auch ihrerseits eine weitere Erhöhung des Diskonts auf 7 Prozent, des Lenkardzinsfußes auf 8 Prozent, einzutreten zu lassen. Hoffentlich wird die Diskontenerhöhung die gewünschte Wirkung haben, wenn dem schon in den Geldzinsen beim Abnahme eine gewisse Erleichterung erwartet werden darf. Eine kalte Herabsetzung des hohen Diskonts ist im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwicklung dringend zu wünschen.

Politisches.

„Wenn das deutsche Volk“, so schreibt die „Allg. Volkst.-Ztg.“ zur Flottenvorlage, „noch ein Empfinden für die den Deutschen Reichstages, seiner geordneten Vertretung, in dieser Angelegenheit zu theil gewordene Beunruhigung hat, so wird es einen Reichstag wählen, dem man ähnliche Zusammenkünfte in Zukunft nicht mehr stellt, weil man lieber ist, daß dieselben in entsprechender Form zurückzuführen werden. Wir möchten annehmen, daß in allen Parteien, und auch außerhalb der parlamentarischen Parteien, vielleicht mit Ausnahme eines kleinen Kreises, der bei dem Konflikt in Erinnerung seine Gedächtnisse freiheit zu kommen vermöge, eine Zustimmung des Reichstags nicht inger gesehen würde, welche die Witzigkeit bede, das man endlich mit beratigen Überlieferungen verhandeln bliebe. Auch manche unserer Staatsmänner sind über dem Budgetfrage längst nervös geworden, und von den vorragenden Männern in den verschiedenen Ministerien darf man unbedingt annehmen, daß sie in befähigter Aufregung sich befinden, welche Eingebung des Augenblicks sie in den nächsten viermonatigen Stunden etwa gelehrt haben zu verarbeiten haben möchten. Sollte aber das deutsche Volk den Entfall davon eine Weisheit von Flottenentscheidungen, Kolonialschwärmern, „Militaristen“ und verwandten unseligen Elementen zu wählen, so würde man sagen müssen: habacht sibi! Dann wäre es nicht mehr als recht und billig, daß die die Suppe auch ordentlich an zu köcheln bekäme, die es sich eingedockt hätte, daß es inselbessere statt mit tödlichen Redensarten mit einer lästigen Portion neuer Steuern der neuromodischer Vergeisterung für das Meer seinen Tribut zu zahlen Gelegenheit fände. Weitere Einschränkung wird zweifellos ausbleiben, und unter diesem Gesichtspunkte würde eine Reduktion im Sinne der jüngsten Kundgebungen ein heiliges Recht für die Reichstagswähler bedeuten.“ — Der König durchsah nicht beunruhigend.

„Wenn die Sozialdemokratie als politische Partei die Bekämpfung der Sozialismus gründlich bekämpft, kommen in der sozialistischen Literatur doch auch Aufstellungen zum Ausdruck, die wenn auch rein theoretisch, dieser Frage eine irrendliche Seite abgewinnen. In einem „Zur Theorie der Flottenfrage“ enthaltenen Aufsatz der „Soz. Monatshefte“ wird diese Frage von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet: ein mal, ob die Flottenvergrößerung ein sozialistisches Gemeinwohl, nachdem der „große Krieg“ die kapitalistische Gesellschaft verhältnißmäßig zum zweiten, ob sie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer für nicht absehbare Zeit gebliebenen Fortdauer befristete Interessen haben würde. Von dem zweiten der Zusammenhangstheorie kommt der Reichstag Reichstages zu folgenden Konsequenzen: „Der November von 1870 handelte die seitdem verlorene rapide Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland an; wer vermag zu sagen, ob wir nicht einst mit Bauren und Torpedos aus der geliebten Vaterland für die sozialistische Gesellschaft erkämpfen müssen? Die Antwort ist: aber dann zu fast. Aber dann auf dem Boden der Zusammenhangstheorie sieht, wer eintritt, auf den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaft den Sozialismus einst errichten zu können, der wird eine weite und weltanschauliche Sozialpolitik — wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß die der Neuerung nicht meinen — aber im Interesse der Arbeiterklasse für eine unangenehme notwendig sein. Ohne diese Sozialpolitik ist aber kein Sozialismus. Wenn keine Kriegsschiffe oder Kriegsschiffe gebaut würden, sie wären — rein theoretisch und auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse — nur für uns, das wichtigste Machtmittel in unseren Händen zur Bekämpfung und Sicherung des künftigen sozialistischen Gemeinwohls.“ Die andere Voraussetzung, daß die Zusammenbruchstheorie falsch ist, und der Sozialismus sich in sich selbst auflöst, eröffnet dem Verfasser folgende Perspektive:

Die Kapitalisten der verschiedenen Länder suchen — und sie müssen dies auch den inneren Bewegungen gegenüber den Kapitalismus — den Weltmarkt oder einen möglichst großen Theil für sich zu monopolisiren, und es ist sehr möglich, daß dies, mag man sich auch immerhin vorstellen mag mit







